

Neue Stadtwerke für Berlin: Welchen Beitrag kann der „partizipative Eigenbetrieb“ leisten?

Wählergruppe „Die Andere – Potsdam“

Berlin, den 28. September 2011

Hintergrund

1. Beständige Vertrauensprobleme mit kommunalen Unternehmen,
insbesondere mit den Potsdamer Stadtwerken und den Tochterunternehmen
(Energie, Gas, Wasser etc.):

- Keine Preistransparenz
- Keine Möglichkeiten der Einsicht
- Keine Mitwirkungsmöglichkeiten

-=> Oligarchisierung lokaler Demokratie

2. Wahrnehmung eines Aufsichtsratsmandates

⇒ Erkennen der Grenzen und Möglichkeiten.

⇒ Gleichzeitiger Wille der Stärkung kommunaler Unternehmen (auch ökonomisch).

Der Fall Potsdam: Über 34 Eigenbetriebe und Kapitalgesellschaften

Platz	Name	Bilanzsumme (Mio. Euro)	Personal
1.	Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)	387	427
2.	Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH (KEvB)	184	1610
3.	Eigenbetrieb Kommunalen Immobilienservice (KIS)	355	185
4.	VIP Verkehrsbetrieb Potsdam (VIP)	127	354
5.	PRO POTSDAM GmbH	806	79
6.	Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP)	39	199
7.	GEWOBA Wohnungsverwaltungs mbH (GWVP)	73	74
8.	Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung	2,7	23
9.	Energie und Wasser Dienstleistungen GmbH (EWD)	1,5	88
10.	Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)	137	19

Probleme mit der privaten GmbH-Rechtsform

Verschwiegenheitspflicht des Privatrechts vs. Transparenz der Verwaltung

- Prinzipiell nicht öffentliche Sitzungen des Aufsichtsrates
- Nur wenige Stadtverordnete bekommen Einblick (6 Städt. Vertreter/3 Beschäftigte)
- Berichterstattung für Fraktionskollegen umstritten
- Bürger hat keine Einsichtsmöglichkeiten: Preiskalkulation, Sponsorengelder etc.
- Strafandrohung => Legale Informationen werden vorenthalten

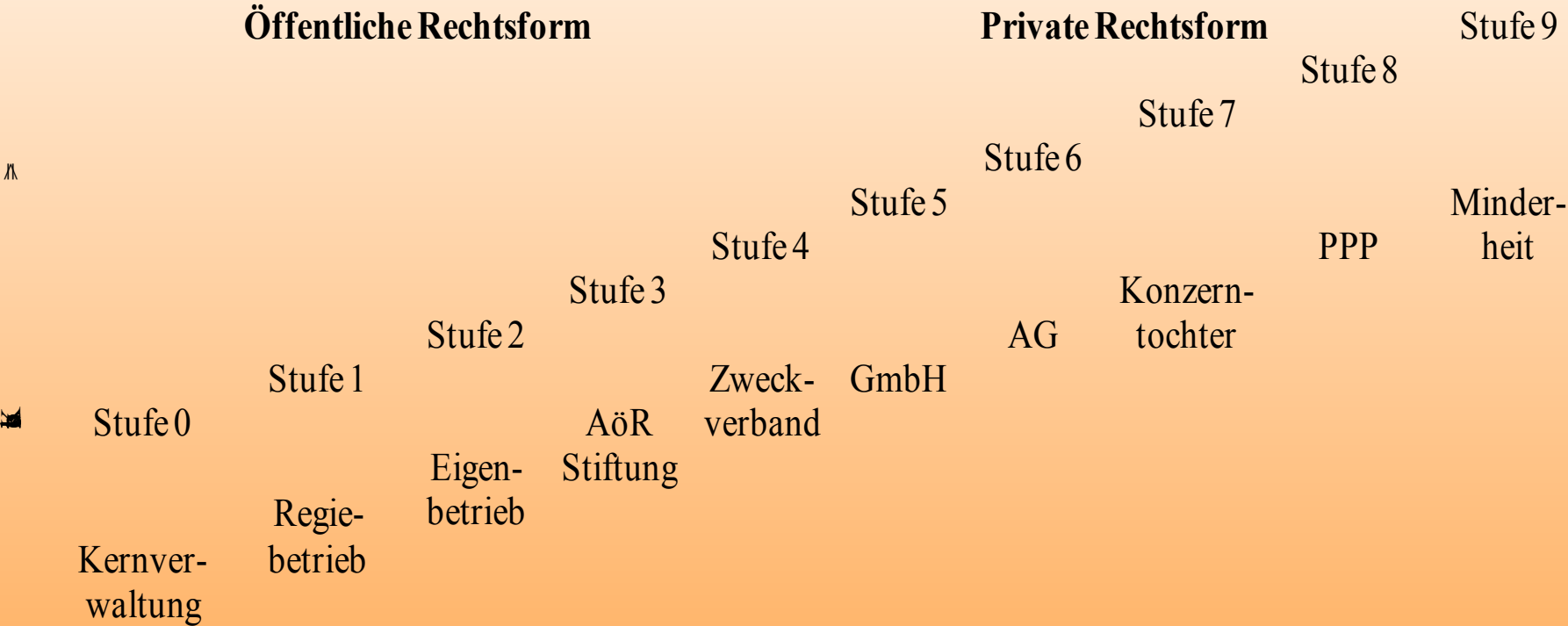
Strukturelle Überforderung:

- Persönliche Ausführung des Aufsichtsratsmandates: Zeit, juristisches, betriebswirtschaftliches und branchenspezifisches Wissen
- Überforderung des städtischen Beteiligungsmanagements

Verlieren des Ausgleichs zwischen Gewinn- und Allgemeinwohlorientierung

- Entscheidungskompetenzen der Geschäftsführung
- Eigendynamik: Gewinnerorientierung tritt in den Vordergrund (Edeling 2003)
- Verstärkung der Profitorientierung bei PPP (Renditeerwartung)

Die Leiter des Kontrollverlustes



Rechtliche Verselbständigung =>



Ziel: Ökonomischen Nutzen und Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Einklang bringen

Download des Konzeptes:

<http://www.fraktion-die-andere.de/...> [„Kiosk“ => „Materialien“ ...]

Der partizipative Eigenbetrieb

Nutzerreferendum
Strategische Fragen der
Betriebspolitik

Transparente Preise
Einsicht in die Preiskalkulation
Erhöhungen „1:1“ nachvollziehbar

**partizipativer
Eigenbetrieb**

„Sponsorengelder“
Direktverteilung durch den/ die
Nutzer/-in

**Runder Werkstisch
(Werksausschuss)**
Vereint Stadtverordnete,
Beschäftigte, Initiativen und
Nutzer/-innen



Partizipatives Sponsoring als Einstieg in die Modernisierung der Unternehmen

Die Idee: Kunden verteilen ein Sponsoring-Budget

Vorschläge:

- Bürger, Vereine, Organisationen der Stadt etc.

Entscheidung:

- Option 1: Kundenbefragung
- Option 2: Jury

Vorteile

- **Neue Form der Kundenmobilisierung/Werbung**
- **Hohe Identifikation mit dem Unternehmen**
(Kundenbindung bei fairen Preisen)
- **Imagepolitik: Etwas für den Kunden Spürbares tun.**
- **Legitimation von Förderungen**
- **Entlastung für das Unternehmen**
- **Champions League statt Provinzposse**

Simulation des partizipativen Eigenbetriebes



Fragen für Berlin: Vergleich Eigenbetrieb vs. Anstalt öffentlichen Rechts

- Einsichtsmöglichkeiten für Abgeordnete, die nicht in den Aufsichtsgremien vertreten sind
- Öffentlichkeit der Sitzungen des Kontrollgremiums
- Weisungsmöglichkeiten des Abgeordnetenhauses
- Auswirkung der Schuldenlage des Landes Berlin (Ist ein Eigenbetrieb handlungsfähig?)
- Rechtliche Grenzen von Beteiligung

Stadtwerke unter Bürgerkontrolle

www.kommunalwahl-potsdam.de



28. September '08

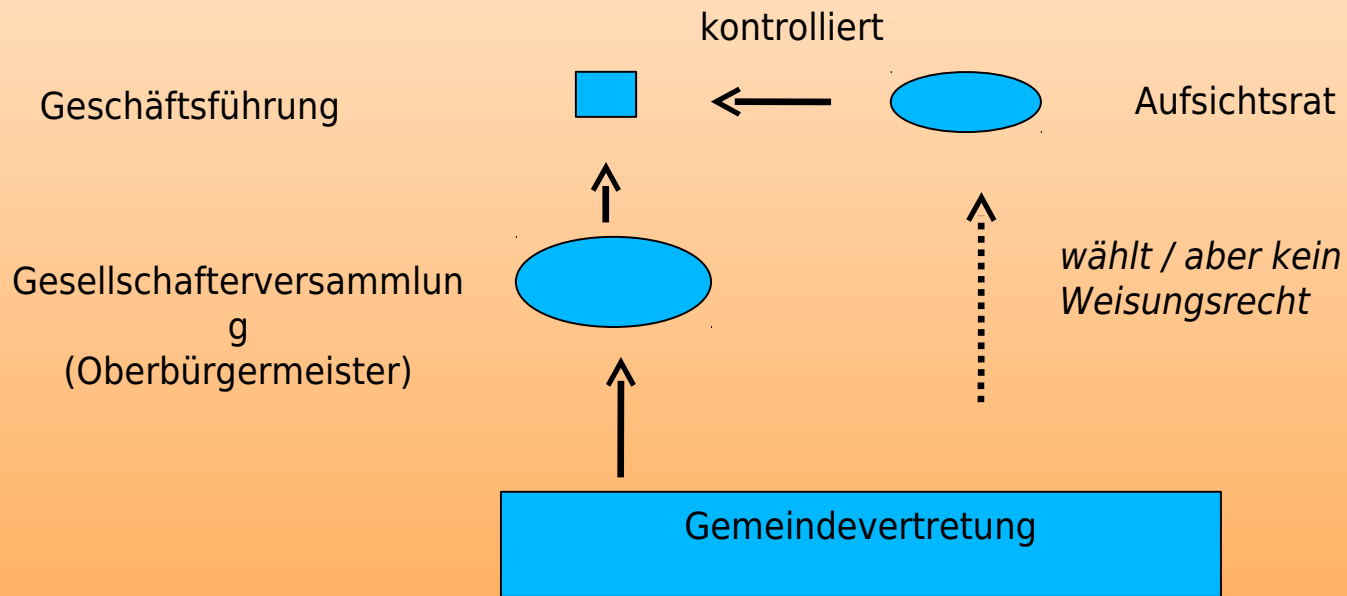
Andere Ideen für Potsdam

DIE ANDERE



Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

Steuerung eines kommunalen Unternehmens



= > Kein Einsichtsrecht für den Gemeindevertreter ohne Aufsichtsratsmandat.
Nur 5 von 56 Stadtverordnete haben Einblick